

Die Große Koalition kommt

Stefan Immerfall



Stefan Immerfall

Durch die Hintertür ist zustande gekommen, was sich die Bevölkerung ohnehin wünscht: die Große Koalition. Eine List der Geschichte ist darin aber nicht zu erkennen. Denn mehrheitlich haben die Wähler konservativ gewählt – und dennoch ist der Bundestag mehrheitlich links. Einerseits haben die Volksparteien zugelegt, andererseits auch die Zersplitterung. Der Junior lässt sich umwerben und kann damit weit mehr durchsetzen, als es seinem Wahlergebnis entspricht. Seit Adenauers Wahlsieg 1957 war der Abstand zwischen CDU/CSU und SPD nicht mehr so groß. Auch der Siegerslogan war im Grunde der gleiche: „Keine Experimente“. Allerdings hatte Adenauer einen aufrüttelnden Wahlkampf geführt, während Merkel auf aussagearme Wohlfühlauftritte setzte.

Dass es am Ende doch noch spannend wurde, ist der panischen FDP und der aufstrebenden „Allianz für Deutschland“ zu verdanken. Den selbsternannten Europaparteien – CDU, SPD und CSU – war es gerade noch einmal gelungen, das Eurothema vom Wähler fern und die AfD aus dem Bundestag zu halten. Nicht einmal die eigenen Parlamentarier haben ihre Beteiligungsrechte an den diversen Rettungsschirmen eingefordert, sondern mussten erst vom Bundesverfassungsgericht zum Jagen getragen werden. Diese Bräsigkeit wird sich rächen, vielleicht schon bei den Europawahlen. Eine Debatte über die Zukunft der europäischen Integration ist notwendig und muss den Wählern zugemutet werden. Auch weil die Parteien – und seien wir ehrlich: auch die „Experten“ – nicht wissen, wie es mit der EU weitergehen soll, wie das Trilemma zwischen gebotener Europäisierung, defizitärer Legitimationsbasis der EU und Auseinanderwicklung ihrer Mitgliedsgesellschaften gelöst werden könnte.

Trotz des erstmaligen – und wie auch treue Anhänger zugeben: verdienten – Rauswurfs sollte die FDP noch nicht abgeschrieben werden. Ein (wenn auch überschaubares) Wählerpotential für eine liberale Partei ist weiterhin vorhanden. Die Grünen könnten dieses Potential wohl einfangen, aber große Teile ihrer Basis würden sich gegen eine derartige Strategie sträuben. Auch die AfD weist durchaus bürgerliche Elemente auf, aber sie hat das Schicksal rasch er-

folgreicher Kleinparteien zu gewärtigen, nämlich dass solche Parteien allenthalben unappetitliche Elemente und Krausköpfe anziehen.

Positiv sicher ist der gestiegene Anteil von Frauen und von Abgeordneten mit ausländischen Wurzeln. Einer von ihnen, Karamba Diaby (SPD, Halle), zog mit dem wohl einfallsreichsten Plakat in den Wahlkampf: „Mit Karamba in den Bundestag“. Am Übergewicht von Juristen, Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst hat sich vermutlich nichts geändert. Immerhin ist der befürchtete Parlamentszuwachs ausgeblieben. Fielen 2009 noch 24 Überhangmandate an die Union, waren es diesmal nur 4, die nach dem neuen Wahlrecht „nur“ mit 15 Überhangmandaten ausgeglichen werden müssen. Doch das ist nur dem besonderen Umstand zu verdanken, dass wegen des hohen Zweitstimmenanteils der Union ihr Zuwachs bei den Direktmandaten fast gedeckt wurde. Dank der Wahlrechtswende des Bundesverfassungsgerichts – erzwungen durch eine im Alleingang unklug agierende CDU – haben die Überhangmandate ihren mehrheitsfördernden Sinn verloren. Dies mag den einen oder anderen FDP-Sympathisanten bewogen haben, diesmal von einem Stimmensplitting abzusehen und der Union beide Stimmen zu geben. Über eine Wahlrechtsreform sollte auch deshalb erneut nachgedacht werden, weil 15,8% bzw. 6,8 Mio. abgegebene Stimmen „unter den Tisch gefallen“ sind. Mir scheint die alte Forderung von Eckhard Jesse nach einer „Nebenstimme“ durchaus diskussionswürdig. Eine solche Stimme würde dann gezählt werden, wenn die bevorzugte Partei an der 5%-Hürde scheitern sollte.

In unseren nördlichen Nachbarländern würde ein solch klarer Wählerauftrag für die Union in eine Minderheitsregierung münden. Warum nicht bei uns, zumal SPD und Grüne augenblicklich wohl kein großes Interesse an Neuwahlen haben? Weil den exekutivlastigen Parteiführungen nichts daran liegt, für Entscheidungen im Bundestag kämpfen zu müssen? Weil Merkel dann nicht mehr abwarten könnte, bis sich die Kraftlinien sortieren, sondern in die Offensive gehen müsste? Einen Versuch wäre es wert gewesen.

Nun also die demokratietheoretisch problematische Große Koalition. Gut möglich, dass ein Vizekanzler Sigmar Gabriel im Verlauf der Legislaturperiode an Helmut Kohl denken wird, der nach einem konstruktiven Misstrauensvotum erfolgreich als Kanzler in den Wahlkampf zog. Andererseits ist es fraglich, ob eine Kanzlerin Merkel jemals genug Angriffsfläche für einen Bruch der Koalition und für einen Schwenk zur Linkspartei bieten wird, dem die gesamte SPD und die zurechtgestutzten Grünen folgen würden.

Was lässt sich von der Großen Koalition realistisch erhoffen? Sie könnte die aus dem Ruder gelaufene Energiewende neu justieren. Sie muss im Verbund mit dem Bundesrat die föderale Finanzreform anpacken. Sie wird sich auf eine weitere Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes einigen, weil sich die Optionsregelung von 1999 für die Kommunen als bürokratisches Monster erweist. Vielleicht kann sich eine Große Koalition besser gegen eine bärenstarke Finanzlobby behaupten. Denn jenseits Transaktionssteuer und Bankenunion, deren Teufel im Detail liegen, gibt es eine relativ einfache Maßnahme, das Finanzsystem sicherer zu machen: eine deutliche Erhöhung der Eigenkapitalanforderung ohne komplizierte Risikogewichtungen, die die Banken selbst vornehmen dürfen. Selbst die USA sind hier deutlich weiter.

Sodann: die soziale Ungleichheit nimmt seit gut 12 Jahren zu, die Chancenungleichheit ist beschämend hoch, der Anteil derjenigen gestiegen, die die Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg aufgegeben haben. Diese Entwicklung wird man nicht mit einem Federstrich, sprich einem flächendeckenden Mindestlohn, umkehren können. Gefragt ist eine kluge Kombination von Bildungs- und Sozialpolitik. Gerade in der Familienpolitik werden erhebliche Summen aufgewendet, die bei den Adressaten gar nicht ankommen. Kostenlose Kindergärten sind gerechter als kostenlose Studienplätze! Deshalb wäre im Zusammenhang mit der wieder einmal anstehenden Lockerung des Kooperationsverbots von Bund und Ländern im Bildungsbereich an die Einführung nachgelagerter Studiengebühren zu denken. Auch wenn die SPD es partout nicht glauben will: Studiengebührenfreiheit ist unsozial!

In der zentralen Frage der Europapolitik wird man ein „weiter so“ erwarten können. Das muss nicht das Schlechteste sein, wenn man an Überlegungen von Teilen der SPD denkt, die Schuldenvergemeinschaftung auszudehnen, von der es sehr fraglich ist, wem sie zugutekäme und welche Nebenwirkungen sie hätte. Zwar nährt die sich zart andeutende Entspannung in den Krisenländern die Hoffnung, dass die im Feuer stehenden Bürgschaften nicht anfallen. Für die wieder steigende komparative Wettbewerbsfähigkeit der Peripherie haben aber nicht Beschlüsse aus Brüssel gesorgt, sondern die Opfer ihrer Bevölkerungen – und auch Deutschlands Konsumenten und Gewerkschaften, die nach Jahren der Einbuße und der Stagnation endlich wieder Lohnsteigerungen durchsetzen konnten.

Der Haushalt müsste weiter konsolidiert und der Sozialstaat weiter demographiefest gemacht werden. Die derzeit so üppig sprudelnden Steuereinnahmen werden auch wieder zurückgehen. Doch von Subventionsabbau ist in den aktuellen Koalitionsverhandlungen nicht die Rede. Große Koalitionen sind in der Regel teuer, weil mehr Klientelen bedient werden wollen. Kompromisse lassen sich nun mal am leichtesten zu Lasten Dritter finden. Die Erweiterung des Bundestagspräsidiums auf sechs Stellvertreter ist kein gutes Omen.